

An die sächsischen und ostthüringischen Textilarbeiter und -arbeiterinnen!

Kollegen und Kolleginnen!
Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterschaft werden durch den offenen Verrat der reformistischen Verbände bürokratisch immer untragbarer.

Seit April 1930 ist der Lohnsturz abgefaulen.
Die SPD-Führer des DTWB hüllen sich in Stillschweigen, trotzdem das Verbandsorgan laufend berichten muß über brutale Übergriffe der Unternehmer auf das Existenzniveau der Textilarbeiter.

Die Taktik der Unternehmer, den Lohn betriebs- oder abteilungsweise abzubauen, findet die offene Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Die Verbreiterung der spanischen betrieblichen Kämpfe, welche in der letzten Zeit in verschiedenen Bezirken ausbrachen, wurde sabotiert und die meisten durch den offenen Streikbruch der Bürokratie abgemüht.

Textilarbeiter! Ermüdet durch das Verhalten der Gewerkschaften, gehen die Unternehmer dazu über, den Angriff auf die Arbeiter selbst zu beginnen. Das Lohnabkommen im Bezirk Nieder-Elbe von den Unternehmern gekündigt. Die Löhne sind schon, nach den Feststellungen des „Vormärts“, unter den Höhen der Wohlfahrt liegen, sollen noch weiter sinken, um noch größere Profite aus euren Knochen herauszupressen.

Das bedeutet für Hunderttausende der schlechtest bezahlten Schichten die nackte Tatsache des langsamen Verhungerns.

Kollegen und Kolleginnen!
Die Unternehmer wollen in trauer Gemeinschaft mit den Bürokraten Bezirk um Bezirk niederkämpfen. Das kann, das darf nicht geschehen. Die KGO, die Führerin aller Kämpfe der Arbeiterheit, beruft deshalb für

**Sonntag, den 14. Dez. vorm. 9.30 Uhr,
nach Chemnitz, Arbeiterbörie, Hainstraße**

Landeskonferenz der Textilarbeiter und -arbeiterinnen

- ein Tagesordnung:
1. Die Lage in der Textilindustrie und die Aufgaben der Textilarbeiter. Stellungnahme zum Kampfprogramm der revolutionären Textilarbeiter.
 2. Der organisatorische Aufbau der KGO.
 3. Allgemeines.

Der Opfer sind genug gefallen! Die Klassenjustiz und der Meißner Landfriedensbruch-Prozess

Jetzt organisiert den Kampf gegen Klassenurteile — hinein in die Rote Hilfe!
Die Geschichte der kapitalistischen Klassenjustiz steht auf der einen Seite eine jeglicher Herrschertätigkeit höhnische Wildde gegen Angehörige der bedrückten Klasse, auf der anderen Seite verschleiert sie unerhört brutale Machurteile gegen die unterdrückte Klasse. Nichts läßt den kapitalistischen Klassencharakter der republikanischen Staatstörner, die seit 12 Jahren den deutschen Arbeiter mit Terror und Unterdrückung schlimmerer Verurteilungen, so deutlich werden, wie die Justiz, ihre Angelegenheiten und ihr Urteil.

Die Justiz ist in jedem Staate eins der Machtmittel der herrschenden Klasse. Sie dient zur Niederhaltung und Knebelung gegen die jeweils unterdrückte Klasse. Das ist im kapitalistischen Deutschland so wie im Rußland des sozialistischen Aufbaues. Aber während die deutsche Klassenjustiz der Klasse der Arbeiter und Arbeiterinnen schlägt und den Kampf der Arbeiter um eine menschliche Gesellschaftsordnung durch Blut- und Justizhausurteile zu hemmen sucht, ist die Justiz in Rußland ein Hilfsmittel der Arbeiter bei der Niederhaltung der Ausbeuter, also eine Garantie für den sozialistischen Aufbau. Der Prozeß gegen die Schabingerorganisation bemittelt das sehr treffend.

Die Meißner Arbeiter haben in den vergangenen Tagen Gelegenheit gehabt, die deutsche Klassenjustiz bei ihrer Arbeit gegen die arbeitende Klasse zu beobachten.
Bei dem Meißner Prozeß, der eine Reihe parteiloser, kommunistischer und sozialdemokratischer Arbeiter ins Gefängnis brachte, wurde offenbar, welche Aufgabe die deutsche Justiz gegenwärtig zu erfüllen hat. „Schuh den schabingerischen Vorkindern“ das kann man ruhig als Leitmotiv vor das gegen die Meißner „Landfriedensbrüche“ gefällte Urteil legen.

„Landfriedensbruch“ — weils schönes Wort, hinter dem sich die ganze Klassenbedingtheit einer „republikanischen“ Rechtssprechung bringt. „Landfriedensbruch“ — wer hätte sich gedacht, daß nationalsozialistische Kombis wegen Landfriedensbruch bestraft worden wären, selbst wenn ihre Morbatden noch so sehr gegen den Himmel stinken? Nichts von alledem! „Landfriedensbruch“ — der wird nur von revolutionären Arbeitern, oder von eben zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeitern begangen. Der Meißner Prozeß ist die billige Gelegenheit für ein Klassengericht gewesen, wieder einmal die Brutalität der deutschen Klassenjustiz unter Beweis zu stellen.

Wir wollen uns sparen, um einzelnen nochmals auf den Prozeßverlauf einzugehen. Der Klassenjustiz, die hier am Werke war und sich wieder einmal eine Anzahl von Proleten „normierte“, braucht nicht bewiesen zu werden, daß sie hier ein Urteil im Interesse der kapitalistischen Ausbeutung, der Unterdrückung der arbeitenden Klasse, zu Ruh und frommen der Belange des „gehelligsten Profits“ fällt.

Dieser Staatsanwalt, diese Richter leben in einer Zeit, in der so gewaltige Klassenauseinandersetzungen stattfinden, daß man billigerweise von ihnen annehmen darf, daß sie sich über den arbeitertfeindlichen und klassenbedingten Charakter ihres Tun im klaren sind. Die Arbeiter müssen zu einem großen Teil über das Wesen der Klassenjustiz noch eingehend belehrt werden. Aber der revolutionäre Teil der Arbeiterheit, der heute schon weiß, mit

gegen diesen Wundgeruch. „Ich will nicht verfluchen, Ihnen Unterstützung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Launeweile „Schorobant“ nicht nur keine welche Zähne besitze, sondern auch den bei dem schäblichen Wundgeruch verloren habe. Ich werde die „Chlorobant“ auf Sie beschicken.“ Ges. E. G. Mainz. — Man verlange nur die ebn Chlorobant-Zehnpack, Tube 60 Pf. und 1 Pf., und weiße jeden Ertrag dafür zurück.

Welcher Freude die reaktionären Richter, die ehemaligen schwarzweißen Corpsstudenten Arbeiter hinter Gefängnis- und Justizhausmauern schiden, der revolutionäre Arbeiter wird den Herren Klassenrichtern ihre Rolle nicht vergessen.

Jetzt steht vor den Meißner Arbeitern die Aufgabe, ungeachtet der Dicks der „Volkszeitung“ in einer geschlossenen Front gegen die Klassenjustiz und ihre Urteile zu kämpfen. Hinein deshalb in die Rote Hilfe! Gemeinsam für die Verteilungsfonds! Alles getan, um die Arbeiter über den Charakter der Klassenjustiz aufzuklären! Das ist eine der Voraussetzungen für den Sieg der Arbeiter über das kapitalistische System, das, solange es besteht, immer wieder von einer schabingerischen Nicht-religiose Arbeiter gepflegt erhalten wird.

Und der Opfer sind mehr als genug gefallen!

Kollegen und Kolleginnen!
An dieser Konferenz nehmen auch die Delegierten aus Ostthüringen teil. Nehmt sofort Stellung in Betriebsversammlungen zu der Tagesordnung der Konferenz. Wählt in jedem Betrieb Delegierte! Beschließt betriebliche Kampfprogramme!

**Gegen den Angriff der Unternehmer die geschlossene Front der
Textilproleten unter Führung der KGO!
Revolutionäre Gewerkschaftsoption
Industrielegende Textil.**

Die Dividenden steigen! — Das Volk hungert! Wie lange noch?

Das letzte Heft der „Wirtschaft und Statistik“ der Zeitschrift des Statistischen Reichsamtes veröffentlicht eine Zusammenfassung über die Umsätze der deutschen Aktiengesellschaften in den Monaten Januar bis April 1930. Diese Zusammenfassung enthält folgenden schlichten Satz über die Gewinne dieser Gesellschaften:
„Die durchschnittliche Dividende hat sich von 7,5 Prozent im vorigen Jahre auf 7,8 Prozent erhöht.“

Die Dividenden der 107 Gesellschaften, die im Laufe dieser drei Monate ihre Bilanzen abgeschlossen haben, haben sich von 106,5 Millionen auf 111,5 Millionen Mark oder in Prozenten zum Aktienkapital von 7,48 auf 7,82 Prozent erhöht.

Diese Zahlen sind ungeheuerlich! Lohnraub wird durchgeführt in allen Betrieben. Millionen Erwerbslosen wird die Unterstützung geraubt. Das Volk verhungert — und die Dividenden steigen!

Mit vollem Recht schreibt ein kürzlicher Gelehrter, Dr. Robert Kuczynski („Finanzpolitische Korrespondenz“, 1. Dezember 1930):
„Die Krise lastet auf den Massen schwerer als frühere Krisen. Andererseits sind die Unternehmer wohl noch niemals in einer so schweren Krise so glimpflich danongekommen wie bisher in dieser.“

Ein Beispiel: Die Gutehoffnungshütte liegt zwar in ihrem vor wenigen Tagen herausgegebenen Geschäftsbericht. Trotzdem ist der Reingewinn von 5,82 Millionen auf 5,88 Millionen gestiegen; die Dividende wird von 7 auf 10 Prozent erhöht. Von der Gesamtdividende erhält die Familie Haniel, die 4 des Aktienkapitals besitzt, 8 Millionen gegenüber 4,2 Millionen im Vorjahr.

Lohnraub an 40 000 Angestellten geplant

Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel Groß-Perfums, dem die großen Modeshäuser, die Kaufhäuser und hauptsächlich die kleineren Ladengeschäfte angehören, hat, wie die Presse berichtet, den Tarif für die Berliner Einzelhandelsangestellten zum 31. Dezember 1930 wieder herabzusetzen und den gegenwärtigen Tarifgebühren gekündigt. Von dieser Lohnsenkung werden ungefähr 40 000 Angestellte betroffen werden.

Schlichter Völkers soll den Eisenbahnern die 60-Stunden-Woche diktieren

In den Verhandlungen der Reichsbahnhauptverwaltung mit den Gewerkschaften beharrte die Hauptverwaltung darauf, daß die 54-Stunden-Woche bestehen bleibt, ebenso die Dienstleistungsvereinbarung feinerer Abänderung erfahren sollen. Die Gewerkschaften haben darauf die Forderung eines Schlichters beantragt, und wurde zu diesem Dr. Völkers, Bremen, bestimmt. Dieser hat nun die Aufgabe, einen für die Hauptverwaltung günstigsten Spruch zu fällen, den dann Stegerwald verbindlich erklären kann. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie zeigt, wie bei allen Bewegungen der Arbeiter, so auch bei den Eisenbahnern daß sie keinerlei Maßnahmen unternehmen wird. Die KGO der Eisenbahner wird alle Kräfte einsetzen, um den Kampf der Eisenbahner für die vierzigstündigenwoche bei vollem Lohnausgleich, für die Befreiung der Dienstleistungsverpflichtungen zur Auslösung zu bringen.

Gewerkschaftsführer und Schlichter in gemeinsamer Front

Um den Streik der Stettiner Metallarbeiter abzuwenden, wurde von dem Schlichter für Pommeren der Schiedsspruch vom 17. November für verbindlich erklärt. Der Schiedsspruch sah bekanntlich einen Lohnraub von 6 Prozent vor. Zweifello

Wird die Gewerkschaftsbürokratie alles unternehmen, um den Streik abzuwenden. Die Metallarbeiter müssen trotzdem den Kampf weiterführen, bis der Lohnraub abgewehrt ist.

Deutsche Facharbeiter wollen nach Sowjetrußland

„Auf unsere Notiz: „Braucht Rußland deutsche Facharbeiter?“ erhielten wir eine große Anzahl von Anfragen und Bewerbungen. Wir können leider nicht alle schriftlich beantworten. Da wir selbstverständlich für die Annahme von Bewerbungen nicht zu händig sind, haben wir die Briefe an die Stelle weitergeschickt, die unserer Meinung nach für die Behandlung zuständig ist.
Wir werden auch alle anderen Anfragen ebenso behandeln, und wir sind überzeugt, daß allen eine direkte Antwort von dieser Stelle zugehen wird.
Wir nehmen an, daß wir im Sinne der Einmnder gehandelt haben und sind erfreut darüber, daß es eine so große Anzahl deutscher Proleten gibt, die mit aller Kraft der UdSSR im Aufbau helfen wollen.“

Die Wirkung der Notverordnung gegen die Tabakarbeiter

Vor neuen Massenentlassungen in der Tabakindustrie
Einleitende Folgen der Diktatorverordnungen zeigen sich bereits in der Tabakindustrie. Die Produktion soll im Dezember nicht mehr betragen als 80 Prozent des Durchschnitts vom Oktober bis Dezember 1929 für Zigaretten, für Zigaretten und Pfeifentabak von dem Durchschnitt derselben Monate 1928.

Das bedeutet, fast alle Betriebe haben ihr Produktionsniveau bereits erreicht oder überschritten und müßten sofort Einschränkungen vornehmen. Jetzt tobt ein heftiger Kampf zwischen Tabakfabrikanten und Reichsregierung. Alle Unternehmer, die den jetzigen Steuerfuß noch ausüben wollen, fordern Erhöhung des Kontingents. In einem parteilichen Antrag, der aller Voraussicht nach abgelehnt wird, werden die Forderungen der Tabakindustriellen erhoben. Jetzt wird ein härterer Kampf gegen die Arbeiter der Tabakindustrie einsetzen. Die Betriebe müssen rufen, um die Angriffe zu parieren.

Die Lohnabbauoffensive

Für die deutsche Woll- und Haarindustrie ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der die bisherigen Stundenlöhne um 5 Prozent senkt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hatten von vornherein vereinbart, keinen Spruch des Schlichters bindend zu sein.
Die Direktoren der mitteldeutschen Straßenbahnen haben das Lohnabkommen zum 31. Januar 1931 gekündigt. Der Kündigungsschreiben heißt es:
„Wir schlagen vor, sämtliche Stundenlöhne um 10 Prozent herabzusetzen und Kasse wieder in die Ortskasse mit Wetzlar, Jena und Stahfurt einzuführen.“
Die mitteldeutschen Straßenbahner sind also gezwungen, einen Lohnraub von 10 Prozent zu kämpfen.
Die Textilindustriellen vom Gießbach-Rheinberzer Bezirk haben den Lohnsturz zum 31. Dezember gekündigt. Auch sie fordern Lohnabbau.
Die Unternehmer des rechtsrheinischen Textilgebietes (Wuppertal), die schon vor längerer Zeit den Tarif zum 31. Dezember gekündigt haben, fordern einen Lohnabbau von 13,7 Prozent. Außerdem die Befreiung des tariflichen Zuschlags für Wochenlichtarbeit, der bisher 5 bis 10 Prozent betrug.

Lohnraub an 20 000 Papierarbeitern

Sächsische Papierindustriellen kündigen den Lohnsturz
Die Papierindustriellen kündigen zum 31. Dezember den Lohnsturz, um die Löhne der Papierarbeiter zu senken. Rund 20 000 Papierarbeiter Sachsens sind von dem drohenden Lohnraub bedroht. Die Papierindustrie hat im Durchschnitt 10 Prozent Dividende verteilt und will trotzdem die Hungerlöhne der Proleten senken. Wählt sofort in allen Betrieben den Kampf an, um den Streik, das einzige Mittel, die Lohnräuber auf die Knie zu zwingen, vor.

Lohnraub an den Granitschleifern

Für die Arbeiter in den Granitschleifereien ist zum 31. Dezember dieses Jahres der Tarif gekündigt worden. Der Verband Sächsisch-Schlesischer Granitwerke hat bei der Kündigung noch keine Anträge auf Senkung der Löhne gestellt. Er hält es für richtiger, erst die Angebote der Vorgesetzten abzuwarten.
Die Arbeiter in den Granitschleifereien der Amtshauptmannschaft Riesa, wo die Hauptbetriebe dieses Verbandes sich befinden, müßten sofort in ihren Betrieben Stellung nehmen und ihre Forderungen aufstellen. Die Hauptforderungen sind Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich und die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Lohnmehrung für alle Arbeiter. Besonders muß in den Granitschleifereien deswegen eine Lohnmehrung gefordert werden, weil die Arbeit in dem Granitbau außerordentlich schädlich für die Gesundheit der Arbeiter ist.

Die Wirkung der Notverordnung gegen die Tabakarbeiter

Die Lohnabbauoffensive
Für die deutsche Woll- und Haarindustrie ist ein Schiedsspruch gefällt worden, der die bisherigen Stundenlöhne um 5 Prozent senkt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hatten von vornherein vereinbart, keinen Spruch des Schlichters bindend zu sein.
Die Direktoren der mitteldeutschen Straßenbahnen haben das Lohnabkommen zum 31. Januar 1931 gekündigt. Der Kündigungsschreiben heißt es:
„Wir schlagen vor, sämtliche Stundenlöhne um 10 Prozent herabzusetzen und Kasse wieder in die Ortskasse mit Wetzlar, Jena und Stahfurt einzuführen.“
Die mitteldeutschen Straßenbahner sind also gezwungen, einen Lohnraub von 10 Prozent zu kämpfen.
Die Textilindustriellen vom Gießbach-Rheinberzer Bezirk haben den Lohnsturz zum 31. Dezember gekündigt. Auch sie fordern Lohnabbau.
Die Unternehmer des rechtsrheinischen Textilgebietes (Wuppertal), die schon vor längerer Zeit den Tarif zum 31. Dezember gekündigt haben, fordern einen Lohnabbau von 13,7 Prozent. Außerdem die Befreiung des tariflichen Zuschlags für Wochenlichtarbeit, der bisher 5 bis 10 Prozent betrug.

Lohnraub an 20 000 Papierarbeitern

Sächsische Papierindustriellen kündigen den Lohnsturz
Die Papierindustriellen kündigen zum 31. Dezember den Lohnsturz, um die Löhne der Papierarbeiter zu senken. Rund 20 000 Papierarbeiter Sachsens sind von dem drohenden Lohnraub bedroht. Die Papierindustrie hat im Durchschnitt 10 Prozent Dividende verteilt und will trotzdem die Hungerlöhne der Proleten senken. Wählt sofort in allen Betrieben den Kampf an, um den Streik, das einzige Mittel, die Lohnräuber auf die Knie zu zwingen, vor.

Lohnraub an den Granitschleifern

Für die Arbeiter in den Granitschleifereien ist zum 31. Dezember dieses Jahres der Tarif gekündigt worden. Der Verband Sächsisch-Schlesischer Granitwerke hat bei der Kündigung noch keine Anträge auf Senkung der Löhne gestellt. Er hält es für richtiger, erst die Angebote der Vorgesetzten abzuwarten.
Die Arbeiter in den Granitschleifereien der Amtshauptmannschaft Riesa, wo die Hauptbetriebe dieses Verbandes sich befinden, müßten sofort in ihren Betrieben Stellung nehmen und ihre Forderungen aufstellen. Die Hauptforderungen sind Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden täglich und die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Lohnmehrung für alle Arbeiter. Besonders muß in den Granitschleifereien deswegen eine Lohnmehrung gefordert werden, weil die Arbeit in dem Granitbau außerordentlich schädlich für die Gesundheit der Arbeiter ist.

Deutsche Facharbeiter wollen nach Sowjetrußland

„Auf unsere Notiz: „Braucht Rußland deutsche Facharbeiter?“ erhielten wir eine große Anzahl von Anfragen und Bewerbungen. Wir können leider nicht alle schriftlich beantworten. Da wir selbstverständlich für die Annahme von Bewerbungen nicht zu händig sind, haben wir die Briefe an die Stelle weitergeschickt, die unserer Meinung nach für die Behandlung zuständig ist.
Wir werden auch alle anderen Anfragen ebenso behandeln, und wir sind überzeugt, daß allen eine direkte Antwort von dieser Stelle zugehen wird.
Wir nehmen an, daß wir im Sinne der Einmnder gehandelt haben und sind erfreut darüber, daß es eine so große Anzahl deutscher Proleten gibt, die mit aller Kraft der UdSSR im Aufbau helfen wollen.“